

UMSCHAU

Solidarität und Politik

Strategien gegen die globale und gesellschaftsinterne Spaltung

Das Forschungs- und Studienprojekt der Rottendorf-Stiftung (Rottendorf-Projekt) an der Hochschule für Philosophie in München will den Dialog zwischen Sozial- und Naturwissenschaften, Psychologie und Verhaltensforschung, Philosophie und Theologie anregen, um in interdisziplinärer Kooperation einen Beitrag zu einer weltweiten Gemeinschaft der Völker, Kulturen und Religionen zu leisten. Die Stiftung hat sich zur Aufgabe gemacht, zur Reflexion und Gestaltung einer „neuen Weltkultur“ beizutragen. Gestaltung bedeutet, daß die Stiftung über die kontemplative Betrachtung von Weltproblemen hinaus Anstöße zu solidarischer Veränderung der globalisierten Welt leisten will.

Das Rottendorf-Projekt veröffentlicht in diesem Sinn regelmäßig seine Arbeitsergebnisse in der Buchreihe „Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur“, aus der hier zwei Bände vorgestellt werden. Für den Leser wird der interdisziplinäre Charakter der jeweils dokumentierten Tagungen nicht nur durch die multidisziplinären Beiträge, sondern vor allem auch durch lesbar dokumentierte Diskussionsverläufe nachvollziehbar.

Im Zentrum des Interesses des Rottendorf-Projektes ist der von Johannes Müller und Johannes Wallacher herausgegebene fünfte Band der Schriftenreihe¹ angesiedelt, der der „Weltordnungspolitik für das 21. Jahrhundert“ gewidmet ist. Das Thema bedarf angesichts der stets präsenten, oft ethnisch-religiös begründeten zwischen- oder innerstaatlichen Gewalt, Unterernährung, globaler Umweltgefährdungen, Ressourcenverknappungen, neuer technologischer Spaltungen oder der ansteigenden Dominanz der globalkapitalistischen Ökonomie über die vornehmlich nationalstaatliche Politik keiner Begründung.

Die Tagungsteilnehmer entzogen sich bei der

Erörterung möglicher Strategien zur Rückgewinnung des Primats der Politik nicht der Mühe des Begriffs. Was unter „Weltordnungspolitik“ zu verstehen ist, wurde vielfach problematisiert und je nach Sichtweise unterschiedlich akzentuiert.

Der Bonner Theologe Hans Waldenfels verstand darunter primär „Unverfügbarkeit“. Waldenfels, der einen historisch-systematischen Überblick über den Einfluß der Religionen auf die Weltpolitik gab, postulierte nicht zuletzt zum Schutz Schwächerer innergesellschaftlich und global nicht-anthropozentristische Räume: „Der Umstand, daß sich der Mensch nicht nur handelnd bewegt, sondern auch lassend, ist auch eine Frage des zugrundeliegenden Menschenbildes“ (148). „Weltpolitik“ bedeute daher den Versuch der Menschen, nicht die Kontrolle über technologische oder ökonomische Prozesse zu verlieren, wobei die zu schaffende oder zu gestaltende „Ordnung“ durch „Gesetze“ der Weltreligionen prädestiniert sei.

Daß eine Weltordnungspolitik nicht beim Nullpunkt beginnen müsse, stellte der Hamburger Rechtshistoriker Karl-Heinz Ziegler heraus. Ziegler gab einen historischen Abriss über „Die Ordnung der Welt in der Geschichte des Völkerrechts“, wobei er zum einen die Bedeutung etwa der UN-Charta oder von Menschenrechtsdeklarationen hervorhob, zum anderen aber die Defizite bei deren Vollzug nicht verschwie.

„Ethische Maßstäbe für die Weltordnungspolitik“ war das Thema des Münchner Sozialphilosophen Norbert Brieskorn, der auf der Suche nach einem tragenden ethischen Korsett für den Versuch der politischen Gestaltung der Weltordnung einen „menschenrechtlichen Solidarismus“ vorschlägt. Menschenrechtlicher Solidarismus ist nicht primär religiös oder kulturell gebunden, was seine globale Akzeptabilität begrenzen würde, sondern orientiert sich an den eben er-

wählten Menschenrechtsdokumenten, die als zumindest theoretisch weitgehend unumstritten gelten dürfen.

Brieskorn interpretierte primär individuell ausgerichtete Menschenrechtsnormen auf gesellschaftliches Zusammenleben durch „eine soziale Auslegung der Menschenrechtserklärungen, -charten etc. und durch die Einführung eines Solidarisismus-Verständnisses, welches in allen helfenden Aktionen jeweils die Abwehrrechte, die Leistungsrechte und politischen Mitbestimmungsrechte achtet“ (48). Der Leser geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß durch dieses Konzept die alte Subsidiarität der katholischen Sozialethik lugt, was kein Mangel ist. Denn die Subsidiarität hat sich bei einem internationalen Zusammenschluß bewährt, den Dieter Senghaas in seinem vor allem friedenspolitisch akzentuierten Beitrag herausstellt, nämlich der Europäischen Union.

Der Bremer Friedensforscher referierte unter dem etwas pathetischen Titel „Den Frieden stiften“ über die „Architektur einer Weltordnungspolitik für das 21. Jahrhundert“. Diese Architektur, an deren Ausbau als handelnde Akteure nicht nur die Staaten, sondern zunehmend auch Nichtregierungsorganisationen zu beteiligen seien, sieht Senghaas trotz grundsätzlich hochgeschätzter UNO nicht als eine „Weltzentrale“, sondern eher als eine Konföderation aus regionalen Zusammenschlüssen, deren hervorragendes Beispiel die EU sei. Hier sei auch die Zivilisation durchgesetzt, die Senghaas als unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen einer Weltordnungspolitik ansieht. Wie innergesellschaftlich das Gewaltmonopol an die Staaten gegangen sei, so müßten auch global die Staaten und Regionalorganisationen auf Gewaltanwendung zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems verzichten.

Für Leser, die an den drängenden Fragen der globalen Zukunft interessiert sind, bietet der Band sowohl resümierende Informationen, die durch ihre historische Fundierung manche tagespolitische Aufregtheit relativieren können, als auch überzeugende konzeptuelle Anregungen, die trotz aller nicht verschwiegener Probleme erwarten lassen, daß die Zeit der Apokalypse noch nicht gekommen ist.

Auf einer anderen Ebene setzt das zweite hier vorzustellende Buch an, der dritte Band der

Schriftenreihe², der zum einen die mit Hannah Arendt begonnene theoretische und empirische Debatte über die Zukunft der Arbeit rekonstruiert. Diese Debatte war und ist im wesentlichen auf die entwickelten postindustriellen Staaten (den „Norden“) fokussiert. Das trifft auch auf den vorliegenden Band zu, und hier ist einer von wenigen kritischen Punkten anzumerken. Aus dem globalen Anspruch des Rottendorf-Projektes fällt das dokumentierte Symposium mit seiner euro-, ja im Kern deutschlandzentrierten Ausrichtung heraus. Freilich ist dies auch in nicht geringem Maß in der Natur der Sache begründet. Arbeitsmarktp Probleme in den unterentwickelten Ländern des „Südens“ oder auch in den postsozialistischen Staaten sind dermaßen anders gear- tet, daß trotz des globalen Zusammenhangs eine zusammenschauende Betrachtung die jeweiligen Probleme unscharf werden lassen könnte.

Zum anderen und damit weiterführend ist der Band prognostisch-programmatisch angelegt. „Arbeit im Umbruch“, darauf verweist Karl Georg Zinn (Aachen) aus ökonomischer Sicht, ist keineswegs ein neues Thema. „Innovationen“ sind der kapitalistischen Produktionsweise immanent und, etwa als „Rationalisierungen“, keineswegs einseitig positiv oder negativ zu beurteilen. Zum Problem wird die intensive und extensive kapitalistische Expansion vor allem durch die damit verbundene Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen; einmal mit der resultierenden „Freisetzung“ von Menschen und zum zweiten durch ungleiche Reichumsverteilungen. In Zeiten der Vollbeschäftigung verläuft Strukturwandel aber allmählich und kann durch sozialpolitische Maßnahmen abgefedert werden, vor allem auch, weil bei Vollbeschäftigung die Macht der Gewerkschaften groß genug ist, um sozialverträgliche Veränderungen zu erzwingen.

Ogleich Strukturwandel genuin zur kapitalistischen Produktionsweise gehört, ist seit Mitte der 70er Jahre in Deutschland (und Europa) eine qualitative Veränderung des Wandels dadurch eingetreten, daß der Umbruch nun im Zeichen hoher Massenarbeitslosigkeit und des Wegfalls der „Systemkonkurrenz“ stattfindet.

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gehen um die Verteilung der Kosten der beschleunigten kapitalistischen Ent-

wicklung. Zinn sieht dabei „Tendenzen zur Restauration frühkapitalistischer Strukturen“ (38), etwa durch Angriffe auf sozialstaatliche Interventionen.

Der Berliner Politologe Bernd Guggenberger vertritt dagegen die Ansicht, daß in der postindustriellen Ära die Arbeitsgesellschaft an ihr Ende komme. Dies solle nicht beklagt, sondern als Chance einer aktiven persönlichen wie gesellschaftlichen Lebensgestaltung verstanden werden, was Guggenberger unter dem Begriff „Mußekultur“ zusammenfaßt. Dazu wäre notwendig, die durch die Rationalisierungsschübe ansteigende Produktivität nicht in (gar nicht mögliche und ökologisch unerwünschte) zusätzliche Nachfrage umzusetzen, sondern zu radikaler Verkürzung der Arbeitszeit zu nutzen. Die daraus erwachsende Herausforderung bestehe dann darin, das geistige Rüstzeug für die „Freizeitgesellschaft“ zur Verfügung zu stellen und den Tendenzen zur Passivierung des „Freizeitnehmers“ durch Anstrengungen im Bildungsbereich entgegenzuwirken. Außerdem plädiert Guggenberger für eine breitere Streuung des Produktivvermögens, um der materiellen Abhängigkeit von Erwerbsarbeit entgegenzuwirken.

Eingeleitet wurde das Symposium von einer philosophisch-anthropologischen Problematisierung des Begriffs „Arbeit“. Gerd Haeffner (München) definierte den Begriff folgendermaßen: „Eine regelmäßig in sehr ähnlicher Weise vollzogene, oft mühevoll menschliche Tätigkeit, die einen beträchtlichen Teil der aktivitätsfähigen Lebenszeit ausfüllt und die primär um eines ihr äußeren Zweckes willen getan werden muß“ (5). Im historischen Diskurs exemplifizierte Haeffner seine Definition und zeigte auf, wie „Arbeit“ im Lauf der Geschichte ihren derzeitigen dominierenden, auch verzehrenden Wert bekommen konnte. Das Leiden an der Arbeitslosigkeit, so konkret es ist, kann nur als Folge der industriekapitalistischen Kultur verstanden werden.

Daran knüpfte der Tübinger Ethiker Dietmar Mieth an, der bei der Suche nach Auswegen aus der Arbeitskrise die Frage nach dem Sinn menschlicher Aktivität in den Vordergrund stellte. Nicht nur die materielle Abhängigkeit von Erwerbsarbeit wird durch Arbeitslosigkeit zum Problem, sondern ganz wesentlich auch andere menschliche Grundbedürfnisse, die bei der gegebenen gesellschaftlichen Organisation mit „Arbeit“ verbunden sind, nämlich das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, nach persönlichen Beziehungen und nach Lebenssinn (87).

Auf der Basis der katholischen Sozialethik entwickelte Mieth vor diesem Hintergrund eine ethische Strategie, die kurzfristig eher im Sinn Zinns auf die Schaffung möglichst vieler humaner Arbeitsplätze setzt, in langfristiger Perspektive aber eher im Sinn Guggenbergers die Gestaltung einer Tätigkeitsgesellschaft vorschlägt. In der „Tätigkeitsgesellschaft“ verliert die Erwerbsarbeit ihre zentrale Rolle. Alle Menschen müssen die Möglichkeit zur Absicherung eines Existenzminimums und die Fähigkeit haben, Subjekt ihrer eigenen Lebensplanung zu sein. Zu solchen Lebensplanungen müßten Beziehungs-, Weiterbildungs- und Erholungszeiten ebenso gehören wie Phasen der Erwerbsarbeit.

Hinzuzufügen wäre, daß solche innergesellschaftliche Befriedung eine wesentliche Voraussetzung hinreichender Akzeptanz für globale Solidarität als Grundlage für eine gelingende Weltordnungspolitik ist. *Friedhelm Wolski-Prenger*

¹ Weltordnungspolitik für das 21. Jahrhundert. Historische Würdigung – Ethische Kriterien – Handlungsoptionen. Hg. v. Johannes Müller u. Johannes Wallacher. Stuttgart: Kohlhammer 2000. XII. 160 S. (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur. 5.) Kart.

² Arbeit im Umbruch. Sozialethische Maßstäbe für die Arbeitswelt von morgen. Hg. v. Norbert Brieskorn u. Johannes Wallacher. Stuttgart: Kohlhammer 1999. 161 S. (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur. Band 3.) Kart. DM 49,-.